

## Der Bezirksbürgermeister

## Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)

Geschäftsführung  
Frau Duman

Telefon: (0221) 221-92313

Fax: (0221) 221-92210

E-Mail: Inge.Duman@Stadt-Koeln.de

Datum: 24.11.2010

## Niederschrift

über die **Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen - Sondersitzung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 22.11.2010, 17:05 Uhr bis 20:10 Uhr, Bezirksrathaus Rodenkirchen, Raum 119 im Bezirksrathaus Rodenkirchen

### Anwesend:

### Bezirksbürgermeister

Herr Eberhard Petschel GRÜNE

### Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Marlies Ante	CDU
Herr Dr. Reiner Baumeister	CDU
Herr Michael Deitert	CDU
Frau Friederike Haniel	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Herr Walter Weißenberger	CDU
Herr Alexander Balint	GRÜNE
Herr Manfred Giesen	GRÜNE
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Frank Theilen-von Wrochem	GRÜNE
Frau Elke Bussmann	SPD
Herr Mike Homann	SPD
Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD
Herr Rafael Struwe	SPD
Herr Karl-Heinz Daniel	FDP
Herr Karl Wolters	FDP
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

### Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Karsten Möring	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE

### Verwaltung

Herr Klaus Harzendorf  
Herr Bürgeramtsleiter Reiner Lindlahr  
Frau Inge Duman, Schriftführerin

## **Gäste**

Herr Dr. Stefan Sommer

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt:**

Herr Schöppe, pro Köln

Herr Bezirksbürgermeister Petschel begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sondersitzung. Er erklärt, dass zu der einzigen Verwaltungsvorlage, die heute zur Beratung vorliegt, folgende weitere Unterlagen zugestellt wurden:

- Anlage 0 = Begründung der Dringlichkeit
- Anlage 3 = Niederschrift des Verkehrsausschusses vom 09.11.2010
- Anlage 4 = Ergänzende Anlage und das Schreiben des NVR vom 08.11.2010
- Anlage 5 = Ergänzende Stellungnahme zu einer Anregung im VA
- Anlage 6 = Ergänzende Stellungnahme zu dem Schreiben der Nahverkehr Rheinland GmbH vom 08.11.2010

## **Ein nichtöffentlicher Teil entfällt in dieser Sondersitzung**

## **Persönliche Erklärung**

Zu Beginn der Sitzung äußert Herr Giesen in einer persönlichen Erklärung seine Verärgerung gegenüber der CDU-Fraktion, weil die CDU in Presseerklärungen die Rot-Grüne Ratsmehrheit als Stauverursacher anprangert und behauptet, sie richte ein Verkehrschaos an. Er weist diese Behauptungen entschieden zurück.

Vielmehr habe die Kölner CDU durch Fehlentscheidungen in der Vergangenheit maßgeblich die heutigen Probleme verursacht.

## Tagesordnung

### I. Öffentliche Sitzung

- 1      **2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;  
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage  
4354/2010**  
*Die Vorlage wurde zur Sitzung am 08.11.2010 umgedruckt, jedoch wegen  
Verfristung nicht in die TO aufgenommen.*

## I. Öffentlicher Teil

### **1        2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;           Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage           4354/2010**

**- gemeinsamer Ersetzungsantrag der CDU- und der FDP-Fraktion**

**- gemeinsamer Änderungsantrag der Grünen und der SPD-Fraktion**

Die Verwaltung, Herr Harzendorf, erläutert zunächst den Ablauf des Verfahrens und den derzeitigen Sachstand.

Herr Dr. Sommer, erklärt anhand einer PowerPointPräsentation das Gutachten, das das Ingenieurbüro für die Verwaltung erstellt hat und Grundlage der Beschlussvorlage ist.

Daraufhin werden die Fragen der BV-Mitglieder von der Verwaltung und Herrn Dr. Sommer beantwortet.

Herr Balint gibt folgende Fragen zum Gutachten zu Protokoll und bittet Herrn Harzendorf, diese schriftlich zu beantworten:

1. Welche Staus würden sich ergeben, wenn eine Schaltung ohne Vorrang realisieren würde? Zumal nach Abbildung 10 aus Norden kommend gar keine und aus Süden kommend nur ein sehr geringer Teil der Bahnen mit längeren Wartezeiten rechnen müsste?
2. Wieso ist in den Berechnungen VS0/20 oder VS0/30 nicht dargestellt? wie ändern sich die Belastungen dadurch? wie ist es mit VS10/10 oder VS20/20 etc.?
3. Welchen Einfluss hat es wenn man versucht die entgegenkommenden Fahrten der Stadtbahn an der Südbrücke zu synchronisieren, so dass im Normalfall beide zeitgleich bzw. innerhalb einer Grünphase queren würden? Kann dies nicht technisch schon im Vorfeld der Bahnanfahrt gesteuert werden?
4. Was passiert, wenn die Grünphasen der Grünen Welle der Rheinuferstraße und der einmündenden Straßen an der Südbrücke synchronisiert werden?
5. Welche Staulängen ergeben sich heute durch die Querung am Ubierring? Warum werden diese nicht als Vergleichswert dargestellt?
6. Welche Staulängen ergeben sich durch eine Reduktion des MIV um 5%? Wieso ist das nicht dargestellt?
7. Welchen Einfluss hat die Verlagerung des Großmarktes und der damit verbundenen Gewerbe auf den Verkehr?
8. Das Gutachten basiert auf Verkehrszählungen von 2006, zu dem Zeitpunkt war bekanntlich der Verkehr auf der Bonner Str. stark eingeschränkt. Inwiefern und wie wurde die dadurch bestehende Mehrbelastung aus dem Ergebnis herausgerechnet?

9. Wurde der demographische Wandel in die Prognose des künftigen Verkehrsaufkommens mit eingerechnet? Welchen Einfluss hat er auf MIV?
10. Was passiert bei einer Verlängerung der Grünphasen auf der Rheinuferstraße?
11. Der maximale Abstand der Fahrzeuge im Stau wurde mit 20m angegeben. ist das normal? in welchem Stau gibt es 20m Abstände?
12. "Bei der Durchführung der ersten Simulationsläufe zeigte sich, dass der Stauraum Schönhauser Str. durch den stadtauswärts fahrenden Verkehr ständig zu gestaut war." die Aussage ist unverständlich. wodurch wird der Stau erzeugt?
13. Wurde ein möglicher Umstieg von MIV auf ÖPNV durch den im Gutachten prognostizierten Stau betrachtet? welchen Einfluss hat das auf den MIV?
14. Würde ein Umbau der Rheinuferstraße überhaupt ohne Rückzahlung von Fördermitteln möglich sein? Wie hoch ist die Summe der Fördermittel? Ist dies bei Berechnung eines Tunnels schon mit eingerechnet?

Die Sitzung wird auf Antrag der Fraktion Die Grünen von 18.50 Uhr bis 19.13 Uhr unterbrochen.

Danach begründen die antragstellenden Fraktionen jeweils ihre in der Sitzung vorgelegten Anträge. Nach eingehender Diskussion werden folgende Beschlüsse gefasst:

#### **1. Beschluss:**(Ersetzungsantrag der CDU und der FDP)

Die Beschlussvorlage „2.Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage“ wird im Beschlusstext wie folgt ersetzt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Planung einer unterirdischen Straßenführung zur Unterquerung der Stadtbahntrasse einzuleiten, die erforderlichen Genehmigungen einzuholen und die Finanzierung sicherzustellen, mit dem Ziel den Straßentunnel gleichzeitig mit der Nord-Süd-Stadtbahn in Betrieb zu nehmen.

Für den Fall, dass die gleichzeitige Inbetriebnahme nicht sichergestellt werden kann, soll der Rat die Verwaltung und KVB beauftragen, mit einer entsprechenden Vorsorgemaßnahme sicherzustellen, dass der Straßentunnel möglichst ohne Betriebsunterbrechung der Nord-Süd-Stadtbahn hergestellt werden kann.

Die Finanzierung ist im Rahmen des Nord-Süd-Stadtbahnvertrages zu regeln.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich gegen die CDU- und die FDP-Fraktion abgelehnt. (Nicht anwesend: Herr Schöppe)**

#### **2. Beschluss:**(Änderungsantrag der Grünen und der SPD)

Der Beschlusstext der Vorlage wird wie folgt geändert:

1. ... „auch als Ersatz für verstärkte Fahrten der Nord-Süd-Stadtbahn“ **wird gestrichen**.

### **Zusätzlich:**

2. Bei der Prüfung der Einführung der Linie 15 ist ebenfalls eine Verlängerung bis nach Godorf mit zu prüfen. Zudem ist eine Variante zu prüfen, bei der eine Bahn (Linie 15a) zwischen Ubierring und Godorf pendelt (kein Umbau der Bahnsteige, da dies mit einer Stadtbahn durchgeführt werden kann). Die geforderten Untersuchungen sind umgehend zu erledigen, da deren Ergebnisse entweder eine Untertunnelung überflüssig oder aber die Vorkehrung zur Untertunnelung (Einbau einer Tragplatte) erforderlich machen.
3. Zur Verbesserung der Verkehrssituation werden alle technisch realisierbaren Maßnahmen (wie z.B. Veränderungen der VS-Vorrangschaltung, Optimierung des Stadtbahnbetriebes, Anpassung der Grünen Welle etc.) ausführlich geprüft und den Gremien zur Beratung vorgelegt.
4. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen spricht sich ausdrücklich gegen den Ausbau der Rheinuferstraße auf 6 Spuren sowie gegen eine Tunnellösung aus.
5. Unabhängig von den oben genannten Prüfungen sind folgende Maßnahmen durchzuführen:
  - a. Es sind alle durchführbaren und Erfolg versprechenden Maßnahmen zu prüfen und durchzuführen, welche zu einer Verkehrsreduzierung des Individualverkehrs an dieser Querung führen können.
  - b. Die Prüfung einer Sperrung der Rheinuferstraße für LKW – Durchgangsverkehre.
  - c. Der Bau des dritten Bauabschnittes der N-S-Bahn ist zu forcieren und schnellstmöglich zu realisieren
  - d. Der Ausbau und die Attraktivitätssteigerung der *Park and Ride* - Plätze entlang der Streckenführung (Marienburg, Sürth und Godorf) sowie eine ausreichende Dimensionierung der P+R-Anlage am Bonner Verteiler.
  - e. Es ist zu prüfen, welche Effekte eine verkehrslenkende, variable Geschwindigkeitsanzeige auf der Strecke Verteilerkreis / Militärring / Rheinuferstraße bewirken kann.
6. Sofern die oben geforderten Prüfungen zu einem negativen Ergebnis (Undurchführbarkeit) führen, ist eine Vorkehrung in die Rheinuferstraße einzubringen, welche zumindest die Möglichkeit einer Trog- bzw. Tunnellösung offen hält.
7. Nach Inbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn soll die Leistungsfähigkeit der Querung unter Berücksichtigung der oben genannten Maßnahmen geprüft und vorgelegt werden. Sollte die Einführung eines 5min. Taktes der Linie 16 erforderlich werden, sind die Erkenntnisse dieser Prüfung anhand der aktuellen Verkehrssituation erneut zu begutachten und die Ergebnisse den Gremien und der Öffentlichkeit vorzulegen. Gegebenenfalls ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich gegen die CDU- und die FDP-Fraktion zugestimmt. (Nicht anwesend: Herr Schöppe)**

### **3. Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen empfiehlt dem Rat, folgenden **geänderten und ergänzten** Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Planänderungsverfahren einzuleiten mit der Zielsetzung eine Verkehrssignalanlage zu realisieren.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen welche technischen, rechtlichen, finanziellen und verkehrlichen Auswirkungen eine Verlängerung der Linie 15 von der Endhaltestelle Ubierring bis Bahnhof Rodenkirchen, ~~auch als Ersatz für verstärkten Fahrten der Nord-Süd Stadtbahn~~, hat.

#### **Zusätzlich:**

- 1. Bei der Prüfung der Einführung der Linie 15 ist ebenfalls eine Verlängerung bis nach Godorf mit zu prüfen. Zudem ist eine Variante zu prüfen, bei der eine Bahn (Linie 15a) zwischen Ubierring und Godorf pendelt (kein Umbau der Bahnsteige, da dies mit einer Stadtbahn durchgeführt werden kann).  
Die geforderten Untersuchungen sind umgehend zu erledigen, da deren Ergebnisse entweder eine Untertunnelung überflüssig oder aber die Vorkehrung zur Untertunnelung (Einbau einer Tragplatte) erforderlich machen.**
- 2. Zur Verbesserung der Verkehrssituation werden alle technisch realisierbaren Maßnahmen (wie z.B. Veränderungen der VS-Vorrangschaltung, Optimierung des Stadtbahnbetriebes, Anpassung der Grünen Welle etc.) ausführlich geprüft und den Gremien zur Beratung vorgelegt.**
- 3. Die Bezirksvertretung Rodenkirchen spricht sich ausdrücklich gegen den Ausbau der Rheinuferstraße auf 6 Spuren sowie gegen eine Tunnelösung aus.**
- 4. Unabhängig von den oben genannten Prüfungen sind folgende Maßnahmen durchzuführen:**
  - a. Es sind alle durchführbaren und Erfolg versprechenden Maßnahmen zu prüfen und durchzuführen, welche zu einer Verkehrsreduzierung des Individualverkehrs an dieser Querung führen können.**
  - b. Die Prüfung einer Sperrung der Rheinuferstraße für LKW – Durchgangsverkehr.**
  - c. Der Bau des dritten Bauabschnittes der N-S-Bahn ist zu forcieren und schnellstmöglich zu realisieren**
  - d. Der Ausbau und die Attraktivitätssteigerung der *Park and Ride* - Plätze entlang der Streckenführung (Marienburg, Sürth und Godorf) sowie eine ausreichende Dimensionierung der P+R-Anlage am Bonner Verteiler.**
  - e. Es ist zu prüfen, welche Effekte eine verkehrslenkende, variable Geschwindigkeitsanzeige auf der Strecke Verteilerkreis / Militärring / Rheinuferstraße bewirken kann.**
- 5. Sofern die oben geforderten Prüfungen zu einem negativen Ergebnis (Undurchführbarkeit) führen, ist eine Vorkehrung in die Rheinuferstraße einzubringen, welche zumindest die Möglichkeit einer Trog- bzw. Tunnelösung offen hält.**
- 6. Nach Inbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn soll die Leistungsfähigkeit der Querung unter Berücksichtigung der oben genannten Maßnahmen geprüft und vorgelegt werden. Sollte die Einführung eines 5min. Taktes der**

**Linie 16 erforderlich werden, sind die Erkenntnisse dieser Prüfung anhand der aktuellen Verkehrssituation erneut zu begutachten und die Ergebnisse den Gremien und der Öffentlichkeit vorzulegen. Gegebenenfalls ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich gegen die CDU- und die FDP-Fraktion zugestimmt. (Nicht anwesend: Herr Schöppe)**

Herr Bezirksbürgermeister Petschel bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Eberhard Petschel  
(Bezirksbürgermeister)

gez. Inge Duman  
(Schriftführerin)